

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Witte, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. Für Subskriptionen: für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei den Postämtern in Magdeburg: Vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postämtern in anderen Orten: Vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Zeilspalte 25 Pf., Anzeigen von anwärts 35 Pf., im Restamt 50 Pf. — Rückfragen: Die Zeilspalte 25 Pf., Anzeigen von anwärts 35 Pf., im Restamt 50 Pf. — Rückfragen: Die Zeilspalte 25 Pf., Anzeigen von anwärts 35 Pf., im Restamt 50 Pf. — Rückfragen: Die Zeilspalte 25 Pf., Anzeigen von anwärts 35 Pf., im Restamt 50 Pf.

Nr. 113.

Magdeburg, Donnerstag den 16. Mai 1918.

29. Jahrgang.

Das weiße Nichts.

Von einem Drama hat Herr Friedberg gesprochen! Ja, während sich draußen auf blutgetränkten Feldern die größte Tragödie der Weltgeschichte entfaltet, spielt sich im Innern die widerlichste, abscheulichste, lächerlichste Parlementskomödie ab, die die Welt erlebt hat. Hört es und staunt: nach jahrelangen Kämpfen, monatelangen Reden in Bollwerkversammlung und Ausschuß hat das Preussische Abgeordnetenhaus in der dritten Lesung der Wahlrechtsvorlage, den Beschluß gefaßt — keinen Beschluß zu fassen. Abgelehnt ist das gleiche Wahlrecht der Regierungsvorlage, abgelehnt ist das Mehrstimmen-Kompromiß der Rechtsliberalen, abgelehnt sind aber auch die in zweiter Lesung aufrechterhaltenen Beschlüsse des Ausschusses über ein sechsfaches Mehrstimmenrecht.

An der Stelle des entscheidenden § 3 gähnt ein Loch, ein Vakuum, ein Nichts. In Oesterreich soll es kürzlich passiert sein, daß eine Zeitung mit einer großen weißen Stelle erschien und den Worten darunter: „So sieht es im Kopf eines österreichischen Diplomaten aus.“ Der Senjor hatte nämlich die vorangehenden Ausführungen gefröhelt. Jetzt haben wir in der preussischen Wahlrechtsvorlage das wunderbarste große Loch, das weiße Nichts, und wir können getrost die Worte darunter setzen: „So sieht es im Kopf des preussischen Dreiklassenhauses aus!“

Man hat dann ruhig weiter beraten über Verhältniswahlen, Wahlkreise, wer weiß was! Ein Gesetz wird also von dem Preussischen Abgeordnetenhaus in dritter Lesung doch zusammengebadet werden. Aber was ist der Sinn dieses Gesetzes? Der Sinn dieses Gesetzes ist, daß an einigen Kleinigkeiten etwas geändert wird — und daß das Dreiklassenwahlrecht bleibt wie es ist!

Natürlich kann und wird das nicht das letzte Wort bleiben. Das letzte Wort wird, nachdem auch noch das Herrenhaus das seine dazu gegeben hat, das preussische Volk sprechen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, hat versichert, daß die Regierung am gleichen Wahlrecht festhalte und daß, falls das gleiche Wahlrecht nicht in gemessener Frist angenommen werde, die Auflösung erfolgen soll, sobald die Kriegslage es gestatte.

Wir finden diese Regierungserklärung trotz des Lones der Entschlossenheit, der ihr scheinbar innewohnt, bedenklich. Jetzt oder nie war der richtige Augenblick für die Auflösung gekommen. In dieser Stunde, in der nur noch die Frage sein kann, was bei der Mehrheit größer ist, ihre volksfeindliche Bosheit oder ihre gesetzgeberische Unfähigkeit, genügt ein Handgriff, um dem ganzen Schandspiel ein Ende zu machen.

In kürzester Frist konnte ein neues Abgeordnetenhaus dastehen, das trotz des Dreiklassenwahlrechts, dem es seine Entstehung verdankt, das gleiche Wahlrecht ohne weiteres annahm. Die Regierung hat es so gewollt.

Statt des kurzen Reges, der vor ihr lag, hat sie einen langen, vielfach verzweigten gewöhlt, auf dem es noch zu allen möglichen Zwischenfällen und Zusammenstößen kommen kann.

Nun kommt noch eine vierte Lesung im Abgeordnetenhaus. Bis dahin werden alle Verständigungsgeheimräte sich die Socken abkaufen, um noch ein Kompromiß zustande zu bringen. Wird der § 3 in der vierten Lesung in irgendeiner Form wiederhergestellt, so ist gar noch eine fünfte Lesung nötig. Werden in dieser die Beschlüsse der vierten Lesung unverändert angenommen, so kommt die Vorlage an das Herrenhaus. Beschließt dieses, Änderungen an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vorzunehmen, so muß die Vorlage an das Abgeordnetenhaus wieder zurückgehen. Das Spiel geht weiter, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Ob ein solches Hin und Her, das notwendig die politische Erregung im Lande steigern muß, mit der Kriegslage verträglich ist, als der kurze Prozeß einer Auflösung mit darauffolgenden Neuwahlen, mag manchen doch höchst fraglich erscheinen. Heute kann man noch jede Garantie dafür übernehmen, daß sich die Neuwahlen in doppelter Ruhe und Ordnung abspielen werden. Ob das aber zu einem idyllischen Zeitpunkt, nachdem durch endlose Beratungen und Enttäuschungen die Geister noch mehr aufgewühlt sind, noch möglich sein wird,

kann niemand sagen. Es besteht auch ein offener Widerspruch darin, daß die Regierung einerseits von einer „gemessenen Frist“ spricht, andererseits aber die Auflösung erst für einen Zeitpunkt in Aussicht stellt, in dem sie mit der Kriegslage verträglich sein wird. Wir wissen leider Gottes durchaus nicht, wie lange die Kriegslage noch dauern wird, und darüber, was mit ihr verträglich ist, werden die Meinungen stets geteilt sein. Kein Wunder also, wenn sich die Wahlrechtsfeinde nicht von einer Drohung schrecken lassen, hinter der sie den

wirklichen Mut zur Tat

längst nicht mehr vermuten. Die Hoffnung der Regierung bleibt nach wie vor auf das Kompromiß gerichtet, das in der vierten Lesung oder im Herrenhaus zustande kommen soll. Aber jetzt schon steht fest, daß dieses Kompromiß nichts bringen kann, was als eine lokale Durchführung der Jubiläumstafel betrachtet werden könnte. Ob also etwas zustande kommt oder nichts zustande kommt, auf alle Fälle geht der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen weiter, und das Volk muß sich rechtzeitig darauf einrichten. —

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlagen.

Zweite Lesung.

Die Aussprache wird bei dem gestern zurückgestellten Artikel II fortgesetzt. Danach wird u. a. ein Verständigungsausschluß aus Mitgliedern beider Häuser gebildet, wenn die erste Kammer einem Beschluß des Abgeordnetenhauses zum Hausplan nicht beiträgt.

Dazu liegt ein Antrag Dr. Forst (Ztr.) vor. Er verlangt die Durchzählung beider Häuser, wenn einer der beiden Häuser den Hausplan im ganzen ablehnt, nach dem Zusammentritt des Verständigungsausschusses. Bei dieser Durchzählung sollen nur so viel Mitglieder der ersten Kammer stimmberechtigt sein, als die Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses beträgt. Die Herabsetzung der Stimmenzahl der Mitglieder der ersten Kammer erfolgt durch Ausschreibung der erforderlichen Zahl der zuletzt berufenen Mitglieder.

Abg. Dr. Lubowitz (natl.): Wir haben große Bedenken und lehnen den Antrag ab.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Wir sind von nationalliberaler Seite ausdrücklich aufgefordert worden, eine Lücke auszufüllen, und wir nehmen das Gute auch von andern Parteien.

Finanzminister Herst: Die Durchzählung würde das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses nicht wesentlich beschränken. Die Regierung könnte dem Antrag zustimmen.

Abg. Voßky (natl.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde wird für den Antrag stimmen.

Abg. Meyer (Frankfurt, Fortschr. Pp.): Wir sind gegen den Antrag. Das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses darf nicht noch verschlechtert werden.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.): Wir sind gegen den Antrag.

Abg. Dr. von Rries (Konj.): Wir werden für den Antrag stimmen.

Abg. Reinert (Soz.): Schon die ursprüngliche Regierungsvorlage enthielt wesentliche Erweiterungen des Herrenhauses auf Kosten des Abgeordnetenhauses. Dieser Antrag geht darin noch weiter und will die Bedeutung des kommenden Hauses des gleichen Wahlrechts noch mehr einschränken. Wir lehnen den Antrag ab.

Der Zentrumsantrag wird darauf mit dem Artikel II angenommen.

Artikel III wird angenommen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

§ 1. der feststellt, wer wahlberechtigt ist, wird ohne Aussprache angenommen.

§ 2 behandelt den Ausschluß von der Wahlberechtigung.

Abg. Dr. von Rries (Konj.) begründet einen konservativen Antrag, wonach ausdrücklich erklärt werden soll, daß Personen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Ein Zentrumsantrag, der Erweiterungen fordert, wird abgelehnt, nachdem sich Minister des Innern Dr. Drews und Abgeordneter Voßky (natl.) dagegen, der Abg. Dr. Lewin (Fortschrittliche Volkspartei) dafür ausgesprochen haben.

Abg. Reinert (Soz.):

Den Ausschluß vom Wahlrecht habe ich in der zweiten Lesung bereits ausführlich behandelt. Neben dem Reichsstaatsgesetzbuch soll gar noch ein besonderer Verlust des Wahlrechts neben dem allgemein festgesetzten Verlust geschaffen werden, indem auch bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte immer das Wahlrecht entzogen werden soll. Auf diese Weise wollen Sie mit aller Beständigkeit die Zahl der Wähler vermindern. Selbst bei Vorliegen der durchschlagendsten Gründe für eine Begnadigung wollen Sie das Wahlrecht aberkennen. Während die letzte Annahme Gesandten bis zu 1 Jahr umfaßt, soll hier schon durch Verlust von 6 Monaten das Wahlrecht für fünf Jahre verloren werden. Derselben Charakter hat der Ausschluß wegen rückständiger Steuern. Es gibt wahrlich genug Fälle, in

denen der Betreffende aufgestanden ist, die schuldige Steuer zu bezahlen. Diejenigen, die ihr Vermögen verloren haben oder sonst in Notlage gekommen sind, die wollen Sie noch obendrein mit Wahlrechtsverlust bestrafen — statt daß jetzt in dieser Zeit so schwerer Opfer mit allen Klatsereien Schluß gemacht würde! (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Der konservative Antrag wird angenommen. Im übrigen bleiben die Beschlüsse zweiter Lesung unberändert.

Das gleiche Wahlrecht.

Es folgt der § 3. Danach hat jeder Wähler eine Grundstimme. Fünf Zusatzstimmen können hinzukommen. (Pluralwahlrecht.)

Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also Einführung des gleichen Wahlrechts. Die gleiche Forderung stellt ein Antrag Lucas (natl.). Ein Antrag Lohmann (natl.) fordert zwei Zusatzstimmen.

Abg. Dr. Forst (Ztr.): Auch diejenigen meiner Freunde, die sich zunächst entschlossen hatten, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, werden heute dafür stimmen. Den Kommissionsbeschlüssen lehnen wir ab. Die endgültige Stellungnahme zum Antrag Lohmann behalten wir uns vor.

Abg. v. Kardorff (b. l. Fr.): Es ist immer noch nicht hinreichend genug in die Öffentlichkeit gedrungen, daß der Unterschied zwischen dem gleichen und dem Pluralwahlrecht in ihrer Wirkung auf die Zusammensetzung dieses Hauses außerordentlich gering ist. Unbedingt notwendig ist die Einführung des Prozesses für die Ostmarken, für Oberpreußen und für Berlin. Mit Hilfe einer starken Fortschrittlichen Volkspartei wird es uns gelingen, die Ostmarkenpolitik weiterzuführen. Wir wissen uns aber in dieser Lebensfrage des preussischen Staates in Zukunft mit der Zentrumspartei verständigen, denn eine Ostmarkenpolitik gegen das Zentrum in dem Augenblick, wo ein ehemaliger Zentrumsführer Ministerpräsident und ein anderer Justizminister ist, ist unmöglich. Die

Ostmarkenpolitik

geht beim Pluralwahlrecht ebenso in die Brüche wie beim gleichen Wahlrecht. Der Antrag Lohmann enthält ein wertvolles Material für eine Brücke zur Verständigung. Aber ich muß sagen, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums sich gleichwohl nicht so entgegenkommend gezeigt hat, wie man es gewünscht hätte. Wenn die Auflösung bis ans Kriegsende verzögert wird und wie ein Damoklesschwert über uns allen schwebt, sehe ich eine schwere Unruhe in unserm gesamten innern politischen Leben voraus. (Unruhe.) Man hat die Friedensresolution immer wegen ihrer verhängnisvollen Wirkung auf das Ausland bekämpft. Das Ausland klammert sich heute an die Hoffnung auf die Uneinigkeit des deutschen Volkes. (Abg. v. d. Osten: Die Demokratie ist ihre Hoffnung!) Nein, nicht auf den Sieg der Demokratie, sondern darauf, daß letzten Endes doch noch die Zersplitterung kommt. (Widerpruch rechts.) Eine Verständigung auf der innern Front, bei der es weder Sieger noch Besiegte gibt, wäre von bleibender und großer Bedeutung. (Beifall.)

Abg. Forst (Soz.):

Eine Verständigung auf Grund des Antrags Lohmann, die Abgeordneter Forst für möglich hielt, könnte nur erfolgen zwischen den Konservativen, dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem Zentrum, nicht aber mit denen, die wirklich das gleiche Wahlrecht wollen. Für uns ist der Antrag Lohmann unannehmbar, weil er den Boden des gleichen Wahlrechts verläßt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es kommt für uns nicht darauf an, ob die Linke bei einem gleichen Wahlrecht einige Mandate mehr bekommt als bei einem Pluralwahlrecht, sondern darauf, daß dem Volke vor Augen geführt werden soll, daß es auch wirklich gleichberechtigt im Staate ist. Der Antrag Lohmann bedeutet ein völliges

Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterkassen

und gegen einen großen Teil der Kriegsteilnehmer. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es soll eine Zusatzstimme erhalten, wer 50 Jahre alt ist. Man vergißt dabei, daß in einer großen Reihe gesundheitsgefährlicher Betriebe die Arbeiter nur ganz ausnahmeweise dies Alter erreichen. Ebensovienig wird das der Fall sein bei der ungeheuren Zahl von Kriegsteilnehmern, die gesundheitslich geschwächt aus dem Kriege zurückkehren. Sie alle würden die Zusatzstimmen nicht erhalten, und könnten mit Recht sagen: Das ist der Dank des Vaterlandes! (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ferner soll eine Zusatzstimme erhalten, wer seit mehr als 10 Jahren vom vollendeten 25. Lebensjahr an in der Gemeinde, in der er wahlberechtigt ist, seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie bei uns liegen, gehört es bekanntlich zur Ausnahme, daß Arbeiter 10 Jahre in derselben Gemeinde wohnen können. Ich erinnere mich an den Fall, daß ein großes Industrieunternehmen gerade seine tüchtigsten Arbeiter viellecht nach einer Zweiggemeinschaft in eine entfernte Gemeinde schickte. Diese Leute würden, obwohl sie bei denselben Unternehmer mehr als 10 Jahre tätig sind, und gerade hervorragend tüchtig sind, die Zusatzstimme nicht erhalten. (Hört, hört!) Ferner müßten alle zurückkehrenden Krieger, die jetzt in einer Kriegsermächtigung angehebelt werden, erst 10 Jahre dort wohnen, ehe sie die Zusatzstimme erhalten können. Wer 10 Jahre seit seinem 25. Lebensjahr Fremter gewesen ist, bekommt die Zusatzstimme ohne weiteres. Der Arbeiter aber, der durch die wirtschaftliche Entwidung hin und her geworfen wird, kann sie nie bekommen. Ebensovienig den wirklichen Verhältnissen gerecht wird die weitere Bestimmung, wonach derjenige eine Zusatzstimme erhält, der seit mindestens einem Jahre selbständig ist. Das ist

ein rein parlamentarischer Merkmal.

Wenn man selbständig zu werden, muß man ein gewisses Vermögen haben. (Sehr wahr! h. d. Sog.) Dazu kommt, daß der Begriff der Selbständigkeit sehr unbestimmt ist. Der nun selbständige Inhaber eines kleinen Geschäftes, der nebenbei in der Fabrik arbeitet, als Tagelöhner, soll dann wohl die Zustimmung bestimmen, aber der Verführer in derselben Fabrik nicht.

Die Stellung der Nationalliberalen, ihres rechten Flügel um Dr. Lohmann, hat sich fort und fort geändert. In der Kommission haben sie für das Geschäftsstellenwahlrecht gestimmt, nur mit ihrer Hilfe ist dieses ungeheure Wahlrecht in der Kommission und auch im Plenum in zweiter Lesung angenommen worden. (Hört, hört! h. d. Sog.) Dann hat Dr. Lohmann ein Zweistimmenswahlrecht beantragt, das übrigens lange nicht so gefährlich war wie der neue Antrag Lohmann, und heute erklärt er, falls der neue Antrag abgelehnt wird, sind seine Freunde für das Geschäftsstellenwahlrecht nicht mehr zu haben. (Hört, hört! h. d. Sog.) Hoffentlich wandelt er sich noch weiter und tritt schließlich mit uns auf den Boden des gleichen Wahlrechts. Er hat ja selbst gesagt, daß eine

starke Stimmung im Volke dafür vorhanden

ist. Die Anträge der Nationalliberalen werden für uns im kommenden Wahlkampf eine gute Waffe sein, um die Nationalliberalen zu bekämpfen.

Ich hoffe, daß dieser Wahlkampf bald kommt, denn ich kann mir nicht denken, daß die Regierung sich das Spiel, das jetzt getrieben wird, länger gefallen lassen wird. Wahrscheinlich wird heute gar nichts angenommen, so daß in dieser Beziehung eine Lücke in dem Gesetz entsteht. Es erscheint zweifellos, daß nach 3 Wochen noch einmal über diesen Vorstoß abgestimmt und für den Fall, daß bis zur vierten Lesung eine Einigung unter den Parteien erzielt ist, dann noch abends nach 3 Wochen eine erneute Abstimmung vorzunehmen zu müssen. Dementsprechend sollte die Regierung, wenn heute nichts zustande kommt, den Landtag auflösen. (Sehr wahr! h. d. Sog.) Das bisherige Verhalten der Regierung ist für die Freunde des gleichen Wahlrechts nicht gerade ermutigend gewesen. Jedenfalls haben wir daraus gelernt, daß wir uns auf die Regierung nicht verlassen können, sondern den Kampf um das gleiche Wahlrecht selbst anzufangen haben. Mit Recht hat Herr v. Kardorff gesagt, daß die

Lage der Wahlen in diesem Kampfe entscheidend

ist. Die Verantwortung für den Scheitern müssen wir ablehnen. Daran sind die Herren nicht, die so stark an den Vorrechten, die ihnen ein veraltetes elendes Wahlrecht gegeben hat, festhalten. Die Forderung dieser Kampfe auf das Ausland kann für Deutschland nicht günstig sein, darin hat Herr v. Kardorff ebenfalls recht. Ich möchte die Regierung ersuchen, endlich ihre schwankende Haltung aufzugeben. Das ganze Volk würde aufatmen und es wie eine Erlösung betrachten, wenn die Regierung für den Fall der notwendigen Ablehnung des gleichen Wahlrechts den Landtag auflösen würde. (Sehr wahr! Zustimmung links.)

Herr v. Debes (fortsetz.) tritt für ein allgemeines, durch gleiche Einrichtungen gegen Ausprägungen geschütztes gleiches Wahlrecht ein.

Herr v. Hoffmann (Unabh. Sog.): Die Kompromissstimmung wird hier immer bedauerlicher. Der Antrag ist in Form und Inhalt. Schließlich wird es noch heißen, das Pluralwahlrecht ist das gleiche Wahlrecht, wie ich es annehme. (Heiterkeit, und so wird es der König dann auch annehmen. Wir rechnen

auf die Regierung nicht, sie hat keinen Mut, sie ist ja keine Minute vor dem Kriegserfolg Lucanus sicher. (Heiterkeit.) Sie hofft noch immer auf das Kompromiß. Uns wäre die Vorlage unannehmbar, auch wenn nur für das Alter eine Mehrstimmigkeit gewährt wird. Das Durchschnittsalter der Arbeiter ist bekanntlich 35 Jahre, ihre große Mehrheit würde also die Zustimmung, die bei Erreichung des 50. Lebensjahres gewährt werden soll, nicht erreichen.

Denken Sie an dem Königswort,

solange Sie wollen, unserer republikanischen Auffassung wird das Wahlrecht keinen Abbruch tun. Sie reißen ein Blatt nach dem andern von dem Kranz der Monarchie herunter, was das Ausland, was die Welt sagt, das kümmert Sie nicht; das hat der Offizier bewiesen. Die Wahlrechtsstimmung an der Front werden Sie zeitig genug erfahren, früher, als ihnen lieb ist. Lehnen Sie nur die Vorlage ab, die Regierung mag zu Kreuze kriechen vor den Suppliken der Rechte. Wer am längsten lebt, der erbt die ganze Welt, und wir leben am längsten. (Bravo! h. d. Unabh. Sog.)

Herr Graf (konj.): Wenn sich das Ausland über die Vorgänge in diesem Hause freut, so liegt die Schuld an der Regierung, die in Widerspruch zur Oberhoheit die Vorlage noch während des Krieges eingebracht hat. Ein Teil des englischen Kriegsziels ist die Demokratisierung Preußens. Wir wollen nicht die Hand dazu bieten, auch nicht dazu, daß die Beschlüsse der Krone durch die Einführung der parlamentarischen Regierungsform eingeschränkt werden.

Herr Graf (natl.): Alle meine Freunde, die in der zweiten Lesung für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, werden nunmehr für Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen.

Die Abstimmung.

Zunächst wird über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) abgestimmt.

Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf namentliche Abstimmung findet nicht genügende Unterstützung. (Herr v. Hoffmann wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen.) Ein konserverativer Antrag auf namentliche Abstimmung wird angenommen.

Die namentliche Abstimmung ergab die Anwesenheit von 421 Abgeordneten. Davon stimmten mit Nein 236 Abgeordnete, mit Ja 185 Abgeordnete. Das gleiche Wahlrecht ist also in dritter Lesung abgelehnt. Für das gleiche Wahlrecht stimmte die große Mehrheit des Zentrums, die größere Hälfte der Nationalliberalen, die Fortschrittler, die beiden sozialdemokratischen Gruppen, die Polen und die Dänen sowie einige Freikonserverative und der Abg. v. Kardorff.

Darauf wurde über den Antrag Lohmann (zwei Zusatzstimmen) ebenfalls namentlich abgestimmt. Der Antrag Lohmann wird mit 338 gegen 73 Stimmen der Minderheit der Nationalliberalen, einiger Freikonserverativer und einiger Zentrumsglieder abgelehnt.

Darauf wurde namentlich über die Ausprägungsbeschlüsse, nämlich das Pluralwahlrecht, das fünf Zusatzstimmen vorsieht, abgestimmt. Die Ausprägungsbeschlüsse wurden mit 220 gegen 191

bei vier Enthaltungen abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis wurde von der linken mit lebhaftem Beifall angenommen. — Da das gleiche Wahlrecht abgelehnt ist, ebenso wie der Antrag Lohmann auf zwei Zusatzstimmen, ist also eine Lücke in der Vorlage entstanden.

Sofort nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses gab Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. J. J. J. J. folgende

Erklärung

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unberrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen. (Lebhafte Beifall links u. i. Ztr.) Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal da auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerkes bildet.

Demgemäß wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren, entgegen der Erwartung der Staatsregierung, innerhalb gemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist. (Lebhafte Beifall links u. i. Ztr.)

Darauf wird die Einzelberatung fortgesetzt. Die weiteren Paragraphen des Wahlgesetzes werden unter allgemeiner großer Unruhe angenommen.

§ 14 wird mit einem Zentrumsantrag, der allgemein die Sicherung der Wahlfreiheit fordert, angenommen.

Die Verhältniswahl.

Die Fortschrittler und die Nationalliberalen beantragen wieder die Einführung der Verhältniswahl in der Distanz und in den großen Wahlbezirken. Ein Antrag Borch (Ztr.) will die Wahlkreiseinteilung durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit gegen Veränderung schützen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag Borch angenommen, die Proporzansätze der Fortschrittler und Nationalliberalen für Berlin und eine Anzahl Großstädte werden abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde auch die Verhältniswahl für die gemischtsprachigen Bezirke mit 293 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes über die Wahlen des Abgeordneten-Hauses wird angenommen, ebenso die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes, darunter ein Zentrumsantrag, wonach Verfassungsänderungen einer Zweidrittelmehrheit bedürfen.

Darauf werden die drei Verfassungsgesetze in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen die fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten, Polen und Dänen sowie einige Nationalliberale und Freikonserverative.

Dienstag den 4. Juni, 2 Uhr: Geschäftsverwaltung, Anträge.

Was der Krieg bringt.

Dreihunderttausend Gläubige.

Damit ist nicht etwa die Zahl der Kriegsgewonnen in den Kriegsjahren gemeint. Ganz abgesehen davon, daß Geld nicht glücklich macht, wenn auch der Mangel an Ruhen in dieser Zeit der Notung auf jeden Fall ein Unglück ist. Hier soll von dem Ausstand der Kriegsgewonnen und Internierten zwischen Frankreich und Deutschland die Rede sein.

Es ist bekannt, daß alle Kriegsgewonnen, jedoch Deutsche als Franzosen, die sich am 15. April 1918 freilich in der Schweiz befinden, und sofort vor dem 1. November 1918 in Gefangenschaft gesetzt sind, in die Heimat zurückzuführen und nicht wieder im Kampf verwendet werden. Außerdem werden zwischen Deutschland und Frankreich jene Kriegsgewonnen, die im Krieg gefangen sind, mindestens 18 Monate in Gefangenschaft gesetzt sind. Unteroffiziere und Mannschaften werden in ihr Heimatland entlassen, die Offiziere werden in der Schweiz interniert. In Verlauf einer Reihe von Wochen werden etwa 120 000 eines jeden Landes freigesetzt werden. Diese Rücksicht auf die Kopfzahl werden immer eingeschätzt die über 45 Jahre alten Kriegsgewonnen und deren Familienmitglieder über 10 Jahre mit mindestens drei Kindern. Weiter dürfen zurückzuführen die Zivilpersonen, die interniert sind oder interniert waren.

In der Kriegsgeschichte oder Zeiten steht der Fall vor, daß die Kriegsgewonnen in so großer Zahl heimkehren können, während auf den Schlachtfeldern noch die Sommer dauern. Aber wer kann den Jubel erheben, der jetzt in den Herzen der alten Begnadigten juchet! Zweihunderttausend gläubige Wunden kühlt das Wasser, und viele Familien sind seit den ersten Tagen im Kriegsgewonnenheit geraten. Ordentliche Sorgen haben ihnen, die eine künftige Gefahr waren.

In der Kriegsgeschichte vom Erschöpfungs-Eingestrich in die Schwachen, Ingehung ohne Spritze und Tausch, Interniert mit Selbstmord und Hunger. Erschöpfende Hitze in den Sommermonaten, erkrankende Soldaten im Winter. Furcht und Hunger schreien durch die unendlichen Schlachtfelder. Unabhängig der Stunde wurde ihnen als Mensch mit Würde angesehen, was Unterjochens oder Hinrichtungen war.

Dann kam der Regen. Einmal, Einmal, Einmal mußten der Hof auch fürchte, ob Regen, ob Wind, Sonnenstrahlen oder Regen, Ingehung, Internierung, durch Jahre hindurch. Kein menschliches Wort, große Dörfer, Schlachtfelder, unerschöpfliche Schrecken. Erschöpfungen in Furcht. Der Regen war hell. Bei jedem! Unterjochens und Hinrichtungen.

Für die Schwachen widerhalten. Verheißung, Regen, kein für den Jubel. Und daß für viele eine Erlösung

gegenüber der größten Bede des Regens. Aber wer ein Feind ist, kann hier auch gründlich einmischen. Seizige Dörfer, die aus dem Feinde besondere Vorteile herausziehen wollen, profitgierige Industrielle, rohe Aufseher, ungeschulte, ungeschulte, lebensgefährliche Arbeiter. Verweisung, Angst von der Arbeitsstelle, Menschenjagd und Wiedereingänge, vier, acht Wochen Arrest bei Wasser und Brot. Harnid ins Gesicht! Unerschütterlich, unerschütterlich!

Und dann dazu Ungeheuerheit und Schmutz! Wie lange, eine wie menschenzeit brauchen die Briefe hin und zurück. Wochen, Monate vergehen immer. In abgemessenen Zeiten wenige, arme Zeiten. Jeder Brief wird durchschneit, jedes Postfach, das folgende Liebe daheim sich abgehört. Niemand geht es ihm gut, und Weib, Kind, Eltern sorgen sich unendlich. Niemand geht es nicht, und dort es nicht fliegen. Qualen, Qualen; der verfluchte Krieg! Und immer noch kein Ende!

Doch für 300 000 hat er ein Ende. Für 300 000 haben und dürfen. Schon sehen sie es, und mit ihnen hoffen die Familienmitglieder und die Gefangenen in andern Ländern. Daheim oder jenseitig sich Eltern, Frauen und Kinder, und mit ihnen jenseitig alle, die sich in diesen Zeiten eine mitfühlende Seele betrauert haben. Aber wer kann den Jubel erheben, der jetzt in den Herzen der Begnadigten juchet? ...

Der Munitionsverbrauch.

In den 600 Treffen, Gefechten und Schlachten des Krieges 1870/71 gab die deutsche Infanterie rund 220 Millionen, die Feldartillerie 333 309 Schuß ab. Einzigartig ist nach japanischer Belagerung mit 202 000, Paris nach französischer Belagerung mit 110 286, Reich nach japanischer Belagerung mit nur 487 Schuß der Belagerungsartillerie in deutsche Hände.

Das sind Zahlen, die gegen den ungeheuren Munitionsvorbrauch des Weltkrieges verhältnismäßig klein sind.

Schon während der großen Offensive im Jahre 1915 wurde der tägliche Munitionsvorbrauch auf unserer und feindlicher Seite auf etwa 300 000 Schuß Artillerie eingeschätzt. Die Zahl der heutigen Schlachten aber wird, wenn sie erst einmal eingeschätzt werden kann, diese Zahl weit übersteigen!

Bei Beginn der Sommeroffensive verschossen die Engländer in einer Woche mehr Munition als in den ersten elf Kriegsjahren zusammengekommen, und während des Anmarsches dieser Kampfkraft verbrauchten sie an einem einzigen Tage so viel schwere Granaten, wie die Deutschen während der 11 Kriegsjahre überhaupt hervorbringen konnten! In der Arras-Schlacht 1917 wurden nur in vier Tagen fast 100 000 Schuß abgefeuert.

Granaten verfeuert, als der ganze Krieg 1870/71 erfordert hatte!

In der Schlacht bei Verdun wurden zuzeiten von beiden Parteien zusammen rund eine Million Geschosse an einem Kampftage verschossen. Nimmt man nur an, daß im Durchschnitt nur eine Million Geschosse in der Woche verfeuert wurden und setzt das Durchschnittsgewicht an Metall mit 45 Kilogramm fest, so kommt man für die dreißig Wochen eigentlicher Kampfzeit zu dem ungeheuerlichen Resultat, daß das Gelände in dieser Zeit mit 350 000 Tonnen oder 27 Millionen Zentner Stahl übersätet worden ist. Zum Transport dieser Stahlmenge wären 135 000 Eisenbahnwaggons nötig. Auf jeden Sektor Boden des Kampfgebietes sind danach 50 Tonnen Stahl niedergegangen. Der Wert dieser Stahlmenge übersteigt den Wert des Grund und Bodens, den sie überfällt. Es ist vorgekommen, daß beide Parteien an einem einzigen Tage eine Million Artilleriemunition verschossen haben!

Und dieser gewaltige Verbrauch wird mit jeder neuen Offensive aufs neue gesteigert. Ins Maßlose hinein. —

Im Reize des Erschöpfungskriegs.

Der sozialistische Arbeiterabgeordnete Ramsey MacDonald bespricht die Lage in England. Es sei höchste Zeit, meint er, vom Standpunkte der Wirklichkeit und Sachlichkeit und nicht von dem der Leidenschaftlichkeit, die Lage zu betrachten:

Die Konferenz der verbündeten Mächte in Versailles hat eine unzureichende Aussicht eröffnet. Sie hat der Welt in klarer Weise gesagt, daß Verhandlungen zwecks Beilegung der vorhandenen Mißverständnisse über die Kriegsfragen keine zwecks Festlegung der Kriegsziele nutzlos sind. Sie hat sich keinen Augenblick dabei aufgehalten, daß geheime Verträge uns an Kriegsziele binden, die keinen Platz in den Erklärungen hatten, mit denen wir in den Krieg eintraten, und die abgeschlossen wurden, ohne daß die betreffenden Völker hierüber gefragt worden sind. Sie sah das Erwachen des demokratischen Geistes in den feindlichen Ländern, aber sie hat offenbar befürchtet, ihr eigenes militärisches Rückgrat noch mehr zu steifen. Sie wiederholte die Phrasen von Sieg und Niederlage und richtete ihren Blick auf die Kriegsgewinn als einzige Lösung der europäischen Probleme. Die ganze Zivilisation: Freiheit, Vertrauen, menschliche Erwägungen — all das bricht zusammen in diesem Kriege der Erschöpfung, aber die Regierungen hatten nichts darüber zu sagen. ...

Dieser Verlust gegenüber steht eine andre, deren Ursache in menschlichen Schwächen und in der Denkschrift der Arbeiterpartei gegeben sind. Letzteres Dokument ist der erste Versuch, den Völkern der Mittelmächte die Sache der Entente zu erklären, um von jenen Völkern eine Antwort zu erhalten. Die Denkschrift ist eine dreihändige Erklärung der

Notizen.

33 000 Tonnen. Amtlich wird gemeldet: In kühnem Draufgehen vernichtete Kapitänleutnant Steinbauer mit seinem bewährten U-Boot im Sperrgebiet des westlichen Mittelmeeres neuerdings innerhalb weniger Tage sieben wertvolle Dampfer meist unter erheblicher Gegenwehr und mehrere kleinere Fahrzeuge von zusammen 33 000 Bruttoregistertonnen und mit ihnen etwa zehn Geschütze. Im Morgengrauen des 29. April brang Kapitänleutnant Steinbauer in die stark besetzte Durchfahrt von San Pietro (Sardinien) ein und griff die im Hafen von Carloforte zu Anker liegenden Schiffe an. Er versenkte im Feuer von mehreren Landbatterien den englischen bewaffneten Dampfer „Kingstonian“ (6564 Bruttoregistertonnen) durch Torpedotreffer, vernichtete mit seiner Artillerie zwei große bewaffnete Seeschlepper, schoß einen französischen Viermastdampfer in Brand und bekämpfte das feindliche Artilleriefeuer. Ab dann erzwang sich das Boot trotz Sperrfeuers der Landbatterien und Angriffe eines bewaffneten großen Motorboots die Ausfahrt. Im Ablaufen von Carloforte führte das U-Boot ein selbständiges Artilleriegeschütz gegen einen stark bewaffneten Bewacher und beschloß die F.-Z.- und Signalstation von Kap Sperone (Insel Antico) mit beobachteter Trefferwirkung. —

Errichtung eines Steuergerichtshofs. Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner Dienstag-Sitzung mit einem Antrage des Zentrums, der den Reichskanzler ersucht, behufs gleichmäßiger Durchführung der Reichssteuergesetze die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung eines Steuergerichtshofs für das Deutsche Reich zu veranlassen. Dieser Gerichtshof soll als Spruchbehörde über Revisionen gegen Entscheidungen in Reichssteuerfällen entscheiden, als Beschlußbehörde über Fragen der Doppelbesteuerung, über Anträge auf Befreiung von der Kriegsteuer und über Anträge auf Freistellung von den Verpflichtungen, die das Gesetz gegen die Steuerflucht vorschreibt. Der Ausschuß nahm den Antrag einstimmig an. —

Zedlig's Nachfolger. Die freikonservative Partei des Abgeordnetenhauses hat einstimmig an Stelle des Freiherrn v. Zedlig und Reutirch den Abgeordneten Lüdicke (Spanbau) zum Vorsitzenden gewählt. Mit Lüdicke gelangt die radikal-konservative Fraktion in der freikonservativen Partei zur Geltung. Der neue Vorsitzende hat sich während der Debatten über die Verfassungsunterlagen als besonders hartnäckiger geschwornener Gegner des gleichen Wahlrechts hervorgetan. —

Eingestelltes Verfahren. Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, daß das gegen Frau Biez schwebende Verfahren wegen verachteten Landesverrats eingestellt worden ist. Frau Biez war auf Grund eines Haftbefehls vom 10. Oktober 1917 verhaftet und erst im Oktober und dann im November Gefängnis festgehalten worden. Nur mit Mühe gelang es, Frau Biez um ihres leidenden Zustandes willen gegen eine hohe Kaution auf freien Fuß zu setzen. Die Justizaktion erfolgte im Zusammenhange mit den bekannten Vorgängen bei der Marine. —

Politische Verhaftungen in Köln. In den jüngsten Wochen sind in Köln mehrere Mitglieder der U. S. F. verhaftet worden. Ferner haben Hausdurchsuchungen stattgefunden. Einem der Verhafteten, einem 17jährigen jungen Arbeiter, der sich bis vor kurzem in der neuen Jugendbewegung betätigt hat, werden „landesverräterische Umtriebe“ zur Last gelegt. —

600 Mark für eine Tonne Hafer! Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat eine Anordnung erlassen, wonach die Haferverwaltung ermächtigt wird, für Hafer aus der Ernte 1917, der bis zum 15. Juni 1918 einschließlich noch zur Ablieferung gebracht wird, bis zu 600 Mark für die Tonne — das sind also 30 Mark für 1 Zentner! — zu bezahlen. Die Anordnung wird mit der Notwendigkeit begründet, für die Futterversorgung des Heeres die letzten im Lande noch vorhandenen Hafervorräte mit größter Beschleunigung herauszugiehen. — Im Frieden kostete der Zentner Hafer etwa 6 bis 8 Mark! —

In Erwartung einer deutschen „Friedensoffensive“? Wie dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant“ aus London gemeldet wird, sagte Balfour in Verantwortung einer Anfrage Bonjombys, er übernehme die volle Verantwortung für die Erklärung Lord Robert Cecil's über das Bevorstehen einer deutschen Friedensoffensive. Gleichzeitig stellte Balfour in Abrede, daß Cecil eine Mitteilung über die Anwesenheit eines geheimen deutschen Abgesandten in Gestalt einer angesehenen neutralen Person in England gemacht habe. Bonjomby habe die Erklärung Cecil's offenbar so verstanden, daß deutsche Friedensangebote, welcher Art sie auch sein mögen, abgewiesen werden würden. Balfour sagte, er verstehe nicht, wie Bonjomby zu diesem Schlusse habe gelangen können. —

Südbalkanens Unabhängigkeitserklärung. Die Agentur Mill meldet: Giskantafien hat seine Unabhängigkeit erklärt. Seine Abgesandten in Konstantinopel haben diesen Beschluß der türkischen Regierung bekanntgegeben und den verbündeten und neutralen Staaten telegraphisch mitgeteilt. — Es handelt sich bei dieser Unabhängigkeitserklärung vor allem um das von georgischer Bevölkerung bewohnte Gebiet, dessen Hauptstadt Tiflis ist. —

Schwankung Englands zum Schutzoll? Einer Neuentdeckung zufolge schreibt die „Times“: Bonar Law machte am 13. Mai im Unterhause eine wichtige Mitteilung. Er sagte in Verantwortung einer Anfrage Carsons, daß die britische Regierung die Absicht habe, ähnlich vorzugehen wie die französische und alle Reisbegünstigungsverträge zu kündigen. —

Der Zar auf Reisen. Die „Times“ meldet aus Petersburg: Der Zar und eine der Prinzessinnen wurden nach Jekaterinburg übergeführt. Die Regierung fürchtet, die Bauern der Lobolst (Lobolst) würden zugunsten des Zaren eingreifen. Man will eine Verschwörung zur Befreiung des Zaren entdeckt haben. Der frühere Thronfolger Alexei verbleibt in Lobolst wegen seiner schwachen Gesundheit. Der Zar bewohnt ein kleines Privathaus in Jekaterinburg, wo er nur zwei Diener hat. Niemand darf sich ihm nähern, und er beklagt sich darüber, daß seine Wächter grob und unerschämmt auftreten. Man erwartet übrigens, das das endgültige Schicksal des Zaren in der allernächsten Zeit entschieden wird. — Jekaterinburg liegt, nur durch die für sibirische Verhältnisse immerhin nicht große Entfernung von etwa 500 Kilometern von Lobolst entfernt, am Osthang des Ural im Gouvernement Perm, das noch zum europäischen Rußland zählt, obwohl es über die Gebirgskette hinausreicht. —

Erhöhte Kampftätigkeit.

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 15. Mai 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich vom Kemmel hatten britische Angriffsunternehmungen vollen Erfolg und brachten 120 Gefangene ein. Unter Angriff traf in der Abführung feindliche Truppen und kostete den Franzosen hohe blutige Verluste. Der Artilleriekampf blieb im Gebiete des Kemmel gestiegen. Heute früh haben sich dort mit französischen Vorposten neue Infanteriegefechte entwickelt.

Zwischen der Lys und dem La-Bassée-Kanal, an der Scarpe und bei Bucquoy war die feindliche Artillerie namentlich während der Nacht reg.

Zwischen Ancre und Somme drangen wir in kurzem Stoß an der Straße Bray—Corbie in englische Linien ein und behaupteten das gewonnene Gelände gegen zweimalige starke Gegenangriffe des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhafteste Artillerietätigkeit an.

Bei Villers-Bretonneux, beiderseits der Duce und Abre letzte der Feuerkampf vielfach auf. Auf dem westlichen Abre-Griff der Feind unsere Linien bei Castel an. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

In einzelnen Abschnitten Erdbombardements.

Unsre Flieger schossen gestern fünf feindliche Kesselballone ab. An den Kampfzonen sehr rege nächtliche Fliegertätigkeit.

Wir bewachen Calais, Dünkirchen und andre rückwärtige Munitionslager und Bahnanlagen des Feindes ausgiebig mit Bomben.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Bürgerkampf in Moskau.

W. Z. B. Petersburg, 15. Mai. (Mentor.) Ein Kampf zwischen den Bolschewiki und den Anarchisten begann Montag nacht in Moskau. Sowjettruppen umzingelten die Gebäude der Anarchisten, darunter ihr Hauptquartier, einen früheren kaufmännischen Klub, auf dem eine große schwarze Fahne mit der Aufschrift „Anarchie“ weht. Die Anarchisten schenken die Übergabe ab und verteidigten sich mit Geschützen, Panzerwagen und Handgranaten. Heftige Kämpfe fanden in den andern Straßen statt. Die sogenannten anarchischen Föderalisten zogen nach halbständiger Besetzung die weiße Flagge hoch. Die beiderseitigen Verluste sind bisher nicht bekannt. Beim Kreml, dem Sitz der Volkskommissare, sind viele Geschütze aufgestellt. Dienstag mittag dauerte der Kampf noch an. —

Käsefarte in der Schweiz.

W. Z. B. Bern, 15. Mai. Am 1. Juni wird die Käsefarte in Kraft treten. Die Monatsration für den Konsumenten beträgt 250 Gramm. Keine Käsefarte erhalten Kinder unter 2 Jahren und die Selbstversorger sowie Beschäftigte. Schwerarbeiter und Landarbeiter während der Erntezeit erhalten die doppelte Ration. —

die demokratischen Wünsche in Bezug auf den Krieg und auf die Zeit nach dem Kriege. Sie will, daß die Staatsmänner nicht alles den Heerführern überlassen, daß die Schwankungen des Krieges keine entsprechenden Schwankungen in den Kriegsziele heranzuführen sollen.

So stehen zwei politische Programme einander gegenüber. Die Anhänger des ersteren Programms behaupten, daß wir Deutschland und unterwerfen wollen, während wir ihnen erklären, daß ihr Programm den Ruin Europas bedeute. Unser Programm gewinnt die Massen. ... Über unsere Regierung macht keinen Versuch, um zu prüfen, ob kein anderer Ausweg als der Krieg vorhanden ist. Sie sagt: Herklings Rede bedeute den Krieg, Czernins Rede wurde bei uns gefälscht und ungesichtet gelassen. Die Versailler Erklärung — sagt man den Deutschen — bedeute Krieg gegen sie. Alle vernünftigen Ermahnungen werden einfach ausgeperrt. Wir sind also im Rege des Erschöpfungskrieges gefangen. Die Pflicht eines jeden Menschen, der unser Land vor Ruin und Chaos zu retten wünscht, ist deshalb, seine Stimme zu erheben und dem Volke die wahre Lage zu zeigen. Die alten Regierungen sind unmöglich geworden. Sie haben das Vertrauen der Masse verloren. Sie können die Fundamente zu einem Verständigungsfrieden nicht legen, denn ihre alte Politik steht ihnen im Wege. ... Der einzige Ausweg ist eine neue Regierung.

Macdonald hat offenbar eine Regierung Lansdowne im Auge. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß ein Sturz der Regierung Lloyd George den Weg zu einem Verständigungsfrieden freimachen würde. Lansdowne würde zwar auf die Opposition des französischen „Ligers“ stoßen, aber England ernährt jetzt Frankreich. Ohne die englischen Zufuhren hätte Frankreich schon längst Frieden machen müssen.

Wo bleiben die beschlagnahmten Lebensmittel?

Dem Schleichhandel geht man in der letzten Zeit scharf zu Leibe. Mit Recht. Hat er doch die öffentliche Lebensmittelbeschaffung sehr gefährdet. Aber man schüttet doch das Kind mit dem Bade aus, wenn der kleine „Selbstversorger“ mit dem gewerbmäßigen Schleichhändler über einen Kamm geschoren wird. Die Strafe, die dem einen wegen seiner rücksichtslosen Gewinnjucht gebührt, trifft den sorgenden Vater, der sich für seine unterernährten Kinder ein paar Eier oder einige Pfund Kartoffeln zu verschaffen sucht, mehr als hart und moralisch ungerecht. Andererseits ist es ja verständlich, daß die Aufsichtsbehörden kaum einen Unterschied machen können, wenn sie ihre Aufgabe bewältigen wollen, aber einige Richtlinien für die Behandlung besonderer Einzelfälle dürften doch am Platze sein.

Den Aufsichtsbearbeitern müßte die Verantwortung gegeben werden: vom Schema abzuweichen, wenn sie einer offenkundig harmlosen Übertretung der Bestimmungen gegenübersehen. Das Volk versteht es wirklich nicht, daß man dem im guten Glauben sorgenden Hausvater, den doch tatsächliche Not treibt, Geschenke von Verwandten und Bekannten auf dem Lande genau so abnimmt wie dem großen Hamsterer, der bei tausend Übertretungen einmal geschnappt wird.

Und wie erfolgt die Beschlagnahme? Man muß die Aufsicht auf Kleinbahnhöfen in Landgemeinden erlebt haben. Behäbteste Auseinandersetzungen, sogar Schlägereien sind oft die Folge, weil die Beamten auch die allerkleinsten anscheinende „Beize“ rücksichtslos wegnehmen, nicht mal die Behälter zurückgeben und keinerlei Vergütung dafür erfolgt. Und was das schlimmste ist, die Bevölkerung hat keine Kontrolle darüber, was mit den beschlagnahmten Lebensmitteln geschieht. Es müßten daher die Beamten verpflichtet werden, Quittung über die beschlagnahmten Lebensmittel zu leisten. In der Quittung müßte die Menge (Gewicht oder Stückzahl) der beschlagnahmten Lebensmittel angegeben sein, Tag und Stunde der Beschlagnahme und die Namensunterschrift der Beamten unter Angabe seiner Behörde. Die Leidtragenden hätten dann die Möglichkeit zur Bekwerde und zu Nachforschungen, ob der Beamte auch die Lebensmittel restlos abgeliefert hat.

Wie der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen in Berlin mit Recht betont, müßten die so beschlagnahmten Lebensmittel der Gesamtheit wieder zugute kommen, indem sie zu den Beständen der Gemeinde geworfen würden. Die Gemeinden aber müßten von Zeit zu Zeit in irgendeiner Form die Deffektivität darüber auflären, wie viele Lebensmittel beschlagnahmt sind und wie sie Verwendung gefunden haben. Diese vom Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen aufgestellte Forderung wäre jedenfalls geeignet, eine Quelle der Verbitterung zu verstopfen und Gerüchten den Boden zu entziehen, die viel Schaden anrichten. —

Elbe-Kohlenkontor G. m. b. H. übernimmt noch Aufträge auf 1104 Brikets Täglicher Eingang!

Uhren, Zöpfe, Kleider, etc. H. Geringer, Grandpörsch 7, Friedrichstr. 1828

Moden-Haus Betzow, Magdeburg, featuring an illustration of a woman in a hat.

Moden-Haus Betzow, Zu Pfingsten, Elegant garnierte Damenhüte, hell und dunkel, 42.00 39.00 36.50 32.00 28.50 24.50 21.50 18.50 16.50 14.50 12.00. Backfisch- und Kinderhüte 12.50 10.50 8.50 6.50 5.50 4.90 Mk. Preiswerte Damen-Blusen. Moderne Ausführung, Boile, Seide, Chiffon, Mull, Batist — Mittel-Blusen. Gegenüber der Ulrichstr. 34 Breiteweg 34 Gegenüber der Ulrichstr.

Warenhaus Raphael Wittkowski

Magdeburg

Breiteweg 61

Bijouterie

Wassersperrfingerringe in reicher Aus-
wahl. Stück 5.50 4.85 2.95
Schöne Perlen, aparte Neu-
heiten. Stück 9.75 6.55 4.95
Hochzeitsschmuck, Silber- u. Gold-
führer. St. 3.50 2.75 1.85
Schöne, aparte Schmuckstücke, Aus-
führung St. 7.95 3.50 2.75 1.45
Ringe f. Damen u. Herren, Dublet
in großer Wahl 3.50 5.50 4.75
Sohn- u. Brautpaar für Damen
und Kinder Stück 1.45 95 75

Lederwaren

Damenhandtaschen, moderne 2.25
Herren Stück 5.50 4.75
Bettdecken, moderne in verschied.
Ausführung. Stück 3.50 2.95 2.45
Portemonnaies f. Dam. u. Herrn
i. groß. Ausführung. St. 4.75 3.75 2.45
Taschengeldbeutel in verschiedenen
u. Größe Stück 3.50 2.65 1.85
Sohlenleder, prima, prima
Sohlenleder f. Schuhe
Sohlenleder f. Schuhe

Handschuhe

Damenhandschuhe, schwarz, lang,
ober Finger Paar 1.85
Damenhandschuhe, weiß, lang,
ober Finger Paar 2.50
Damenhandschuhe, weiß, lang,
unter Finger Paar 2.25
Damenhandschuhe, weiß, lang,
ober Finger Paar 4.50
Damenhandschuhe, weiß, lang,
unter Finger Paar 3.50
Damenhandschuhe, schwarz, lang,
ober Finger Paar 4.50
Damenhandschuhe, schwarz, lang,
unter Finger Paar 3.50

Strümpfe

Damenstrümpfe, weiß, lang,
verfeinert. Paar 2.45 2.65
Damenstrümpfe, schwarz, lang,
verfeinert. Paar 2.50
Damenstrümpfe, weiß, lang,
verfeinert. Paar 2.75
Damenstrümpfe, schwarz, lang,
verfeinert. Paar 2.75
Damenstrümpfe, weiß, lang,
verfeinert. Paar 2.75
Damenstrümpfe, schwarz, lang,
verfeinert. Paar 2.75
Damenstrümpfe, weiß, lang,
verfeinert. Paar 2.75
Damenstrümpfe, schwarz, lang,
verfeinert. Paar 2.75

Kaffee- oder Zucker- Rührer

ff. lackiert. 95

Speiseteller

tiefer oder flacher Stück 68

Staubbesen

reine Borsten 3.95

Wasserkannen

von Seroc. ff. Ref. 1.95

Obertassen

bunt. Stück 48

Kaffeesevice

Stell. mod. Raffet 3.95

Rhomengitter

in grün, verstellbar 1.95

Fahrradnatten

festigste Gewebe 2.10

Balkonkasten

grün gefärbt 2.45

Speiseplatte

Druckgepresst 95

Gemüsehobel

Stück 95

Schabkürsten

reine Borsten 95

Fußbank

elastisch gefüllt 95

Waschbecken

in weiß 2.95

Steintöpfe

mit Glas-
deckel
Stück 2.25

Damenputz

Frauenhut mit voller Randlage und Blumentuff 18.50
Solider Frauenhut mit reicher Stiefmütterchen-
garnitur 24.50
Handgeblähter Breiten mit Ranke oder Blumen-
tuff 24.50
Große Bortenkrone mit Band und Ranke 26.50
Frische, große Form mit moderner Galbrante
und Band 28.50
Vornehme Frauenmütze mit Galbrante und
Bandgarnitur 28.50
Kleiner, fester Mädelhut mit Phantasiebandeau
garniert 32.50
Eleganter Frauenhut mit Blumentuff und Band
garniert 32.50
Mittelgroßer Frauenhut mit Federknoten und
Perlschleife 36.50
Elegante, große Form mit Flügeln und Band-
garnitur 38.50

Herren- und Knabenhüte

Strohbandige Herrenhüte a. glatt, Geflecht 13.50 7.95 4.50
Strohbandige Herrenhüte a. Raffetgeflecht 10.75 7.95 5.50
Herren-Knabenhüte aus Raffetgeflecht 7.95 6.85 3.25
Knabenhüte aus Raffetgeflecht 6.85 5.25 2.50
Strohbandige Knabenhüte 5.50 3.95 2.95
Kind-Fezohüte i. sch. u. natur 18.50 12.50 6.25 3.50
Sonnenschirm mit und ohne Feder 4.50 3.50 1.95

Backfisch- u. Kinderhüte

Jugendlicher Kretel mit Kirchenglocke und Band
garniert 10.50
Frische, jugendliche Form mit Ranke und breitem
Band 12.50
Große, gerade Form mit aparte Bandgarnitur
mit Stiefmütterchen 14.50
Kleine, klassische Form mit Raffet-
ober 16.75
Blau/weißer Schirmhut mit reicher Bandgarnitur
3.25
Kleiner Strohhut mit Ranke und Band 4.75
Kinderschirmhut aus Raffetgeflecht mit Spitze und
Blumen 5.75
Blau/weißer Schirmhut mit Band und Strähnen
6.75
Kinderschirmhut aus Raffet geflecht mit Spitze und
Band 7.75
Kleiner, langgestülpter Kinderschirmhut mit farbiger
Spitze 12.75

Neu eingeführt
Opern, Operett.
Länge, Rieder
und Märsche 30

Die beliebtesten Romane

von G. Courths-Mahler in
großer Auswahl am Lager

Spann. Romane

für die Reise Buch v. 25 an

Majors Einzige

von Marga Rayl.
3 Bände jeb. Band 2.85

Landwehm. Einzieh.

von W. v. Felsencl.
3 Bände jeder Band 3.75

5 Mapp. ff. Briefpap.

mit undurchsichtigen
Umhüllungen 95

Packsiegelack

Stange 80 65

Feldpostkarten

100 Stück 45

Geschäftspapier

100 Bogen 2.65

Pfingstkarten

in großer
Auswahl

Sandspiele

aus Holz 2.25 1.65 95

Hängematten

12.95 bis 5.75

Kinderspaten

6.50 bis 45

Nähkasten

gefüllt 1.95 1.75

Holzschiffe

16.75 bis 3.25

Damen-Konfektion

Weiße Kleiderstoffe in Leinen 14.75
und Kräftstoff 21.50 19.50
Weiße Batistblusen, halbfrei 5.95
mit gesticktem Vorderteil 14.75
Weiße Boile- und Batistblusen,
neueste Verarbeitung. 18.50 17.50
Eleg. weiße Boileblusen m. reich.
Füßelknoten u. Einfügen 42.50
Weiße u. farbige Matrosenblusen
m. blauem Kragen u. Knief. 14.75
Farbige Boile- und Schleierstoff-
blusen 38.50 29.50 19.75

Korsetts

Korsetts aus grauem Seinen, mit
Spiralfäden 7.50
Korsetts aus festem Stoff, mit
Langette 12.75
Korsetts, rein Seinen, mit Spitze
garn. gut. Form, m. Strumpf. 19.75
Büstenhalter „Gautana“, aus
Erlentoff 10.25 6.00 4.75
Korsettschoner in gut. Qualitäten,
schwarz und weiß 3.95 2.95 1.85
Kinderleibchen aus fest. Dreif. auf
Schmuck gearb., in grau u. weiß 7.50

Herren-Artikel

Garnituren, Servietten mit Man-
schetten, in verschied. Mustern
Vorhanden, weiß und farbig. 1.25
weiß geplättet 2.45 1.95 1.65
Schillertragen in weiß, für Herren
und Knaben 2.25 1.95
Selbstbinder, breite Form, in
großer Auswahl 4.50 3.75 bis 1.75
Befestigung, schwarz und farbig
4.75 3.50 2.75 1.95
Spazierhüte für Herren, in den neuesten
Ausführungen und allen Preislagen.

Bedarfs-Artikel

Waschpulver, markenfrei 95
14 Pakete „Wischblatt“-Schneer-
pulver 95
Weißpulver „Sistern“ 20
Bühnenmaske, geruchfrei, beste
Qualität 4.50
Schuh-Creme 1.85
Toilettenpapier „Bilco“ große Dose
3 Rollen 95

Hutblumen aller Art

Große Auswahl, modern, elegant, billig.
G. Siebert, Karlstraße 4,
64. Sankt-Nikolaus-Str.
Für Weihnachts- u. Jubiläumsgeschenke
aus Stoff- u. Seidenstoffen. Preis-
verzeichnis u. Kataloge, Kuponblätter in gel. Umh.
Schneepflanzen
In jeder Menge, in Garten und
Garten, Grün, Gelb, Weiß, Rosa,
Blau, Schwarz, Rot, Violett, Orange,
Schwarz, Gelb, Weiß, Rosa, Blau,
10 Stück 3.00, 100 Stück 25.00.
Rhododendronpflanzen.
Celtis, Magnolia, Sycamore, Euphorbia,
Celastrus, Ligustrum, Forsythia,
Lonicera, in jeder Größe, von 10 Stück
2.00 an.
Glockenblumen und Schneeglöckchen
für Gärten u. Parks.
Rosendornpflanzen.
Weißer, niedrige Rosen mit Blüten.
Rhododendron, Wilder Wein.
Otto Schneid, Gartenbau,
Magdeburg-Str. 11/13, Januar 1913.

Arbeitsmarkt

Frau 1347
für Reinigung der
Geschäftsräume gesucht
A. Weike.
14-jähriges Mädchen
nach gesucht per
Anstalt in der Kirche
Magdeburg, Wilmanns-Str.
**Ständige Frauen
oder Mädchen**
für
**L. J. Gierke, Lützow-
Str. 10, Magdeburg.**

Hausdiener

aus möglichst hohem Ansehen
für
Albert Hugo Müller,
Wilhelm-Str. 8.

Junger Hausdiener

6006
für
Hotel Weißer Bär.

Arbeiterinnen und Büchlerinnen

1353
Färberei **Franz Wolff, G. m. b. H.,**
Schmiedestr. 32, Ecke Bahnh.

Maschinenflopperinnen

Sortiererinnen und Arbeiterinnen
für dauernde Beschäftigung stellt jederzeit ein
Betrieb der Strickwaren **H. G. Albert Otto Klaus**
Magdeburg-Zadenburg. 1346

Automobil-Monteur und -Schlosser

mit selbständig arbeitende Kasse, sofort gesucht 1350
Adolf Weitz A. G., Magdeburg, Königstraße 19.

Schlosser oder Schmiede

für Eisenkonstruktionsbau
sowie
für
Stahl & Zug, Königstraße 18.

Nachtwächter

für
Wittkowski & Co. G. m. b. H.,
Friedrichstraße 29a. 1241

Maurer u. Erdarbeiter

1175
F. Müller, 24. Aprilstraße 22.

Wir suchen für unsern Betrieb
ungelernte Arbeiter u. Blatnarbeiter
in größerer Zahl, ferner
**Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Böttcher,
Rangierer,**
Rottenführer u. Rottenarbeiter.
Arbeiter-Ausnahmestelle **Fabrik Brennib,**
Mathewitz, Bahnhofstraße 22.

Einige Kistennagler und ein Langschneider

1607
Kistenfabrik **C. Jesau**
Magdeburg-Neustadt.

Sackträger, Zentrifugenarbeiter sowie sonstige Arbeiter (auch Urlauber)

1608
E. C. Helle, Zuckerraffinerie,
Halberstädter Straße 15.

Rohlen-Arbeiter

für einige Tage oder auf Dauer gesucht. Zu melden bei
Wagner & Gentig G. m. Breiteweg 223.

Sackträger

werden sofort eingestellt
Zuckerraffinerie Magdeburg
1175
Aktien-Gesellschaft
Magdeburg, Halberstädter Straße 76.

Tapeten

haben Sie auch in diesem Jahr
wieder am billigsten
in großer Auswahl in moderner Gestaltung
gut und schön schenken Sie
Cremers Tapetenhaus
Gr. Mauerstr. 1 Tel. 5240
Prima Klebstoff stets vorrätig.
Zugangsbüro 1177
Brocks Leipzig Chemnitz.

Arbeiter und Arbeiterinnen

1348
für
**L. J. Gierke, Lützow-
Str. 10, Magdeburg.**

14-jähriges Mädchen

1349
nach gesucht per
Anstalt in der Kirche
Magdeburg, Wilmanns-Str.

Ständige Frauen oder Mädchen

1350
für
**L. J. Gierke, Lützow-
Str. 10, Magdeburg.**

Dampftram- führer

1351
für
Karl Droz
Magdeburg-Str. 11/13.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 113.

Magdeburg, Donnerstag den 16. Mai 1918.

29. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

165. Sitzung.

Berlin, 14. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Von Krause.

Anfragen.

Abg. Gehbart (konf.) befragt sich über die Zwangsmaßnahmen gegen Landwirte zur Ablieferung von Düngemitteln; er sei sogar Soldaten der Urlaub verweigert worden, wenn ihre Angehörigen nicht genügend Eier abgeliefert hätten. Die getroffenen Zwangsmaßnahmen entbehrten der gesetzlichen Unterlage.

Unterschiedssekretär Dr. Müller: Zwangsmaßnahmen zur Erfassung der Eier sind zulässig und rechtmäßig. Eine Zwangslieferung von Eiern vorzuziehen, ist nach den gemachten Erfahrungen notwendig. Von einer Urlaubsverweigerung aus dem genannten Grunde ist weder dem Reichskanzler noch dem Kriegsminister etwas bekannt.

Abg. Dr. Hoffert (natl.) beschwert sich über Doppelbesteuerung von hamburgischen Offizieren, die nach Preußen zur Dienstleistung kommandiert sind.

Ein Regierungsmitglied: Die Herren zahlen in Hamburg Staatseinkommensteuer und in Preußen Gemeindeeinkommensteuer; eine Doppelbesteuerung liegt nicht vor.

Abg. Litz (natl.) fragt, ob Sorge getragen ist, daß die deutschen Städte möglichst frühzeitig und reichlich mit Hausbrandkohle für den kommenden Winter versehen werden.

Ein Regierungsmitglied: Es ist Vorkehrung getroffen, daß die Kohlen möglichst frühzeitig geliefert werden.

Abg. Dr. Welzer (Ztr.) wünscht, daß die Militärleitung erst nach dem Ende der Gewitterzeit abgenommen werden und daß die Militärverwaltung für Ersatz Sorge.

Hauptmann von Kraft: Kupferne Militärkleider brauchen erst abgenommen zu werden, wenn das eiserne Ersatzmaterial vollständig zur Stelle ist. Die Austauschlung kann ohne Verzögerung erfolgen.

Hierauf wird die Beratung des

Stabs der Reichsjustizverwaltung

fortgesetzt.

Abg. Dr. Fleger (Ztr.) begründet eine Resolution, die einen Gesetzesentwurf fordert, durch den eine soziale Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft geschaffen wird.

Abg. Behrens (D. Frakt.) wünscht die Möglichkeit, kurzfristige Freiheitsstrafen in Geldstrafen umzuwandeln und wendet sich gegen die vielen Strafandrohungen in den Kriegsverordnungen. Man sollte sich mehr mit Warnungen begnügen.

Abg. Dr. Herzfeld (Unabh. Soz.):

Der Resolution des Zentrums auf Schaffung einer sozialen Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft stimmen wir zu. In bezug auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen darf man nicht vom Strafrichter Besserung erwarten; wir brauchen ein neues Jugendrecht, in dem nicht der Strafrichter, sondern die Familie, der Lehrer, der Vormundschaftsrichter eine Rolle spielt. Vor allem muß man, um der Kriminalität zu begegnen, den Kampf gegen den Krieg führen, der alle Kulturwerte und alle Gerechtigkeit zerstört. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Unter dem gesetzlichen Belagerungsstand werden die Verbrechen der unabhängigen Sozialdemokratie zu Landesverratsverbrechen gestempelt, diese Verbrechen, die getragen sind von der glühendsten Vaterlandsliebe, von der Liebe zum Vaterlande der großen Massen, von der Liebe zu allen Kulturidealen. (Beifall b. d. Unabh. Soz.) Die unabhängige Sozialdemokratie wird außerhalb des Rechtes stehend erklärt, das beweist das Vorgehen gegen Frau Biez. Das Reichsgericht spricht Recht nach diesem Rezept des früheren Reichskanzlers Michaelis. So hat es auch die Mitglieder des Jugendbildungsvereins Dresden wegen Landesverrats zu Zuchthausstrafen verurteilt. Durch diese Art der Klassenjustiz ist das Reichsgericht alles, um die Macht der Militärjustiz zu stärken. (Beifall b. d. Unabh. Soz.) Stürmische Unterbrechungen und Pörfelrufe b. d. Mehrheit. Der Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Abg. Herzfeld zur Ordnung.

Staatssekretär von Krause: Auf's entschiedenste weise ich diese Art der Kritik an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zurück. (Beifall b. d. Mehrheit.) Das Reichsgericht hat nach nie Anlaß dazu gegeben, daß man ihm nachsagt, daß es gegen seine Auffassung von Recht entschieden hat. Daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht jenseits des Rechtes stehen, beweist gerade der Fall Biez, denn in diesem Falle hat das Reichsgericht entschieden, daß die ermittelten Tatsachen nicht ausreichen, um eine Verfolgung zu rechtfertigen, und hat die Frau außer Verfolgung gesetzt. Dem Grundgedanken des Antrags des Zentrums

zur Schaffung einer sozialen Organisation für die Rechtsanwaltschaft stehe ich freundlich gegenüber.

Abg. Landsberg (Soz.):

Den Grundgedanken der Zentrumsresolution billigen auch wir, wir ziehen aber eine allgemeinere, die Einzelheiten nicht bindende Fassung vor. In den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs freute mich seine Abgabe gegen bürokratische Engherzigkeit. Damit vertritt sich aber nicht, daß z. B. die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen unsern Parteifreund Wendel Anklage im öffentlichen Interesse wegen Beleidigung eines Oesterreicherers erhoben hat, dessen Buch über Serbien Wendel in einer österreichischen Zeitung besprochen hat. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt hatte es so eilig, daß sie nicht einmal vom Reichsgericht die Ermächtigung zur Strafverfolgung nachsuchte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Eifer, der sich dort äußert, könnte sich besser an der Front ausleben. Zum mindesten scheint einer der Herren dort überflüssig und geeignet für ein andres Tätigkeitsfeld.

Die Verordnung, daß derjenige, der mehr als den Höchstpreis zahlt, grundsätzlich straffrei sein soll, begrüßen wir mit Genugtuung. Es wäre auch ein Skandal, wenn z. B. der Neuföllner Oberbürgermeister dafür, daß er die unzureichende Erfassung der Lebensmittel seitens der Behörden durch höhere Preise auszugleichen suchte, bestraft würde. Daß der Staatssekretär während des Krieges die Strafprozedur nicht ändern will, ist mir bei dem Mangel an Arbeitskräften verständlich. Ganz untätig aber wird er auf dem Gebiet nicht bleiben können. Wir haben ja auch glücklicherweise für Verstöße gegen § 9 des Belagerungsgesetzes Geldstrafe bereits zugelassen und sollten in dieser Richtung weitergehen. Unter dem vom Reichsgericht wegen Spionage Verurteilten sind viele, die der Sache der Menschheit zu dienen glaubten. Da hätte der Friede von Brest-Litowsk und von Bukarest wohl zu einer Amnestie in weitem Umfang Veranlassung geben sollen. Die Kriegsverbrechen äußert sich eben verschieden, den einen veranlaßt sie zur Aufstellung maßloser Kriegsziele, den andern zum Zerrüttern von Schauspielen, und das Letztere ist noch immer sympathischer als das Erstere, denn die, die die Schauspieler zerrüttern, tragen doch ihre eigene Haut zu Markte, die andern aber nicht. (Lebh. Sehr richtig!) Auch bei den wegen Landesverrats von den außerordentlichen Kriegsgerichten Verurteilten wäre eine Amnestie am Platze. Der Staatssekretär sollte das Beispiel der jungen russischen Republik vom 1. Mai nachahmen. Die Stimmung der Bevölkerung, die nach vier Kriegsjahren eine Aufbesserung sehr wohl verträgt, würde dadurch erheblich verbessert werden. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Cohn (Nordhausen, Unabh. Soz.):

Dem Grundgedanken der Zentrumsresolution stimmen auch wir zu. Die Richter können sich den durch ihre Abstammung und ihre Klassenlage bedingten Wünschen und Bestrebungen nicht entziehen, darin liegt der Grund der Klassenjustiz, die nicht etwa eine bewußte Rechtsbeugung ist. Vor 100 Jahren fandte man Turner, die für ein deutsches Vaterland schwärmten, auf die Forderung, heute schreit man Leute für die Verbreitung von Flugblättern, die sich mit den Mitteln zur Herbeiführung des Friedens beschäftigen, ins Zuchthaus. Die Strafe ist eine andre geworden, aber geblieben ist die Blindheit und Engherzigkeit der Klassenrichter und die Verfolgungsjucht des Staates. Von den außerordentlichen Kriegsgerichten ist die Klassenjustiz geradezu überpannt worden, weil sie glauben, sie könnten damit die Gefahr des Herbergreifens des Volksgewissens nach Deutschland verhindern. Weil eine Arbeiterin gegen das Gebäude der U. G. die Hand erhoben hatte, wurde sie zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Die Gerichte haben eben jede kriegsgegnerrische Tendenz mit allen staatlichen Mitteln zu unterdrücken. Eine Frau, die für ihr krankes Kind Medizin aus der Apotheke holen wollte und deren Mann im Felde steht, geriet dabei in einen Menschenhaufen; ein Schutzmann sah, wie sie sich an einem Straßenbahnwagen niederbeugte. Sie erklärte das damit, daß ihr der Hut vom Kopfe gefallen war, und der Schutzmann gab zu, daß sie bei der Verhaftung keinen Hut hatte. Das Gericht aber erklärte sie durch das Zeugnis des Schutzmanns für überführt, sich an dem Versuch, den Straßen-

bahnwagen umzuwerfen, beteiligt zu haben, und verurteilte sie zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus. (Lebh. Pörfelrufe u. Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Jugendliche Personen sind selbst nach der Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte noch wochenlang in Haft gehalten, ohne dem Richter vorgeführt zu werden. Das zeigt die

Verlotterung aller Rechtsbegriffe,

die bei den Behörden eingerissen ist. In den besetzten Gebieten sind Zuchthausstrafen nach russischem Recht erkannt für Vergehen, die bei uns nicht mit Zuchthaus bestraft werden; die Strafen werden aber in unsern Zuchthäusern vollstreckt. Sämt der Staatssekretär das für zulässig? In Groß-Strehlitz sitzen auch sechs oder sieben der höchsten Richter von Belgien. Den Gul ab vor diesen belgischen Richtern, die unter den Augen und Klauen der offizierenden Macht den Mannesmut besaßen, um Recht Recht bleiben zu lassen.

Die Verlotterung des Rechtsbegriffs zeigt sich ja auch in der Politik. Man redet der Welt vor, wir hätten Frieden mit Rußland geschlossen, und besetzt sein Gebiet, um Getreide zu rauben. (Große Unruhe. Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte, dieses Thema nicht weiter zu verfolgen.) Ich wünsche unserm Lande so viel mutige und aufrechte Männer, wie in Groß-Strehlitz aus Belgien und auch aus Deutschland sitzen, dann werden wir aus dem Krieg in den Frieden, aus der Lüge zur Wahrheit kommen. (Unterbrechung und Zurufe.)

Ferner erinnere ich den Staatssekretär an den Fall des Matrosen Reichmisch, der am 30. August 1917 zum Tode verurteilt war und an seine Eltern einen rührenden Brief schrieb mit der Bitte, die Gnade des Kaisers anzurufen. Die Kommando- oder Gerichtsbehörde — für einen Soldaten ist beides ja daselbe — hat den Brief nicht befördert und die Eltern erfuhren erst nach der Vollstreckung des Todesurteils von der Sache. (Lebh. Pörfel!) Zur Beförderung des Briefes war das Reichsmarineamt ja nicht verpflichtet. Ich habe auch nie bezweifelt, daß bei dieser wie bei jeder andern Scheußlichkeit „die Papiere in Ordnung sind“. Wir finden bei jeder Abweichung von der Ethik anständiger Leute eine Verfürgung, wonach alles in Ordnung ist. (Unruhe und Zurufe.) Will aber der Herr Staatssekretär nicht anordnen, daß in Zukunft bei Todesurteilen die Angehörigen der Missetäter erhalten?

(Vizepräsident Dr. Baasche: Sie wissen ganz genau, daß das nicht zur Zuständigkeit des Reichsjustizamts gehört; ich bitte, auch nicht weiter von Klassenjustiz zu sprechen.) Ich spreche hier zum Reichsjustizamt.

Vizepräsident Dr. Baasche: Darüber entscheide ich, und ich bitte Sie, jetzt zum Titel Staatssekretär des Reichsjustizamts zurückzuführen. (Abg. Dr. Cohn versucht, in derselben Weise weiterzusprechen. Vizepräsident Dr. Baasche unterbricht und schwingt andauernd die Glode. Zurufe b. d. Unabh. Soz.: Das lassen wir uns nicht gefallen!)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht dürfen kann, daß Sie von Klassenjustiz sprechen. (Laute Unterbrechungen: b. d. Unabh. Soz., Glode des Präsidenten.) Sie haben zu schweigen, wenn die Glode tönt. Ich rufe Sie erneut zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines weiteren Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Dr. Cohn (fortfahrend): Das ist ein sachlicher Eingriff in die Debatte, der Ihnen nicht zusteht.

Vizepräsident Dr. Baasche: Wegen dieser Kritik an meiner Geschäftsführung rufe ich Sie zur Ordnung und werde im Wiederholungsfall das Haus fragen, ob es Sie weiter hören will. (Zurufe b. d. Unabh. Soz.: Ein liberaler Präsident!) Es gibt keinen liberalen Präsidenten, sondern nur einen unparteiischen.

Abg. Dr. Cohn (fortfahrend): Ich kehre zum Thema zurück.

(Vizepräsident Dr. Baasche: Zum Thema Staatssekretär des Reichsjustizamts.) Zu etwas andern habe ich nicht gesprochen. Jetzt erleben wir im vierten Kriegsjahr, daß die Klassenjustiz auch unter dem Schutze des Reichstagspräsidenten steht. Deshalb ist es das Beste, zu schließen.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich rufe Sie noch einmal zur Ordnung. Ich kann es nicht zulassen, daß das Bestehen der Kriegsgerichte ein Zeichen von Klassenjustiz ist. Die Debatte schließt. Die Resolution des Zentrums wird zurückgezogen und in etwas allgemeinerer Form angenommen. Der Justizetat wird bewilligt.

Der Kolonialetat.

Die Abg. Dr. Gedjcher (fortfahrend) und Stubmann (natl.) wünschen, daß der Staatssekretär Golt bald wieder seinen Amtes walten würde. Beide haben die Bedeutung der Kolonien für die deutsche Zukunft hervor.

Abg. von Bühlendorf-Köpin (konf.) feiert den General von Lettow, glaubt, daß in der Kolonialpolitik nunmehr alle Parteien einig seien und die politischen Gegensätze aus diesem Kapitel verjähren wären, und erklärt zum Schluß eine wirt-

So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fritz Kitzel.

(64. Fortsetzung.)

(Kochend verboten.)

Ergriffen faltete Andreas Hissenauer die Hände und murmelte: „Wir gedachten es böse zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen! Ich will mich nit reinwäsche, Schorich — offe will ich's eingesehn. In ihrer Angst um unsern Louis hot Dir mei Frau etwas Unrechtes zugemut. Ich hab's gewußt un hab's geduld — der Herr verzeih mir's. Des Malche is unser guter Engel gewese. Sie hot rechtichaffener gedacht, wie ihr Eltern — deshalb hot der lieve Gott alles geleitet und geleit, daß es zu eme gute End kam! Christoph, Schorich, Marie, könnt Ihr mir auch des verzeihe? Un wilst Du mir die Lieb un Ehr antun, Schorich, daß Du mein Sohn verzeih? Uff de ganze Welt wilst ich mit kaan Liebere und Besjere!“

Mit einem Freudenruf umarmte Georg den Vater der Geliebten. Dann erhob sich in der Stube ein törmlicher Tumult. Jedes gab seiner Freude in herediten Worten Ausdruck und erschöpfte sich in Versicherungen der Liebe und Freundschaft, wobei alle so laut durcheinander sprachen, daß die alte Urschel verwundert den Kopf zur Tür hereinreckte, um zu sehen, was denn von Himmels Willen los sei. Endlich machte Andreas Hissenauer dem Wirrwarr ein Ende, indem er die wiedergewonnenen Freunde mit herzlichen Worten bat, ihn nach seinem Hause zu begleiten, um seiner dort harrenden Familie die glückliche Beilegung der alten Zwietracht zu verkünden.

Wer war dazu schneller bereit als Georg? Ungeduldig drängte er Vater und Mutter zum Aufbruch, und bald darauf

schritten sie alle durch den noch immer herabstäubenden Regen dem Hissenauerischen Gehöft zu.

Die Frau, welche ihnen dort auf der Schwelle entgegentrat, hatte offenbar die Mahnung, welche ihr Gatte vor einer Stunde vor seinem Weggehen an sie gerichtet, sich zu Herzen genommen. Als würde ihr durch den Besuch eine ganz besondere Ehre zuteil, so begrüßte sie die Familie Berger auf das herzlichste und lud sie zum Näherreten in das neben der Wohnstube befindliche Staatszimmer ein. Und wie es ihr Gatte geboten, hat sie dort mit einer ihrem sonstigen Wesen ganz fremden Demut die Besucher, das Vergangene zu verzeihen und zu vergessen. Christoph Berger, der wohl ähnte, wie schwer es der eigenwilligen Frau sein mochte, ihr Unrecht einzusehen, wehrte verlegen ab und jagte nur:

„Doh nur, Binde! Dank unserm Herrgott, daß alles zu eme gute End komme is. Au des, was hinter uns liegt, wolle wir nit mehr denke.“

Georg aber ergriß die Hand Frau Sabinens. Drückte sie herzlich und erklärte in fröhlichem Hebermut:

„Mans aber beding ich mir aus, Frau Hissenauer! Den Louis hab ich ohne aus dem Kitzche herausgeholt, wenn auch nit uff die Art, wie Sie gewoant hawe — aber frei gebrocht hab ich ihn. Dofor hol ich mir nu des Malche!“

Während die von dieser jämlichen Werbung überlastete Frau sprachlos stand und fragend nach ihrem Manne blickte, hatte dieser leise das Zimmer verlassen und trat jetzt in Begleitung Malchens und Ludwigs wieder ein.

„Malche!“ rief Georg freudig und eilte auf das errösende Mädchen zu. „Wagst Du noch, was Du mir versprochen hot? Wenn es en Weg von uns noch fuerst Hans

gäh, dann wilst Du am End von dem stehn un uff mich warte! Der Weg is gefunne, Malche! Jetzt bist Du mein.“

Und als wollte er sie nie mehr lassen, schlang er die Arme um die liebliche Gestalt und drückte ihr den Brautkuß auf die Lippen. Verstämt, aber glücklich blickte das schöne Mädchen zu ihm auf und flüsterte:

„Der gerade Weg is der beste, Schorich! So wahr mir Gott helf, hot Du geschwore, un der lieve Gott hot geholf.“

Vermag die Feder das reine Glück zu schildern, welches aus den Augen aller Beteiligten leuchtete und sich in liebevollen und stürmischen Umarmungen kundgab? Als die Wogen der Freude am höchsten schlugen, öffnete sich leise die Tür und der graue Kopf Löhchens Sterns guckte herein, um gleich wieder zu verschwinden. Der Hausherr aber hatte ihn bemerkt und, auf die Tür zueilend und den Händler in die Stube ziehend, rief er fröhlich:

„Der hot auch mitgeholf, daß alles so komme is! Ohne dem Löhche sei Freierei hätt des Malche vielleicht in ihrem ganze Leve nit an de Schorich gedacht — doch des Löhche is erst der Staa ins Rolle komme!“

„Gann (hab) ich's nit gesagt, Herr Hissenauer?“ erklärte der alte Mann, als er endlich in dem Trubel zu Worte kam und schüttelte dem Brautpaar beglückwünschend die Hände. „Die zwaa passe zusammen — schöner könnte je nit die Dautwe (Lauben) zusammenlese! Wollt ich des Schadde mache bei dene zwaa Leitder? Sie hawe gewest mit Hand un Fuß degege — is die Lieb komme un hot des Schadde gemacht! Sie is un bleibt des beste Schadde — dogege gibt's ka Wehre! Meinen Glückwunsch!“

„Gann (hab) ich's nit gesagt, Herr Hissenauer?“

„Die zwaa passe zusammen — schöner könnte je nit die Dautwe (Lauben) zusammenlese! Wollt ich des Schadde mache bei dene zwaa Leitder? Sie hawe gewest mit Hand un Fuß degege — is die Lieb komme un hot des Schadde gemacht! Sie is un bleibt des beste Schadde — dogege gibt's ka Wehre! Meinen Glückwunsch!“

Ende.

Die Diebstähle im Dessauer Rathaus.

Vor der Strafkammer des Landgerichts in Dessau hatte sich am Dienstag der 30jährige Bureau-Assistent Karl Sturm wegen Diebstahls und Unterschlagung zu verantworten.

Stillschweigen. Später wurde er nach seiner Behauptung von Kampfhentel gewonnen und hat mit ihm „gemeinsam“ auf Teilung gearbeitet.

Tausendmarkscheine, 15 000 Mark Kriegsanleihe, ein Sparfassenbuch über 675 Mark und die unterschlagenen Goldsachen.

Zirkus-Lichtspiele. Heute letzter Tag! Es werde Licht! und Rauschgold. Beginn 4.15 nachmittags - 7.15 abends.

Kaufe Pfandscheine sämtlicher Leihhäuser. Max Erstein Königshoff 5.

Kammer-Lichtspiele Die entschleierte Maja. Hanna Ralf - Walter Janssen - Sent M'ahesa. Die Kochlöffelgräfin.

Panorama Egede Nissen Und die Liebe siegt. Tonbildtheater Li Berky in Jetona Felëdis Schuld. Weine Wand-Colosseum Alwin Neuf in Die Glaswand.

Bekanntmachung. Auf Karte 6 der Gemarkung kommt am Freitag den 17. Mai...

Wittne und Brunline. Ein Auto mit Zubehör, ein Sportwagen.

Elektr. Strome. Ein Auto mit Zubehör, ein Sportwagen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Alex Friedländer Zahn-Atelier. Breiteweg 103.

Kümmelgewürz. Kleiner Möbelfabrik.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Gast Brinkmann.

Ziegenwurst. Wilhelm-Theater.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

ANTON FUNKE. Trauer-Hüte.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Bekanntmachung. Grundstück, das sich befindet in der Gemarkung...

Dankfagung. Frau Minna Müller geb. Gode.

Asche. Stephanshallen.

Wilhelma. Jeden Freitag Kaffee-Konzert. Jeden Sonntag Militär-Konzert. Ferdinand Preusse.

Wilhelm-Theater. Sonntag, Montag, Donnerstag, Freitag, Sonnabend. Wenn man im Dunkeln lacht.

Stephanshallen. Täglich abends 7 Uhr. Sonntag ab 3 Uhr nachm. Erstklassige Varieté-Vorstellung!

Ansichtspostkarten. Buchhandl. Volksstimme. ZENTRAL THEATER. Die Csárdásfürstin.

ANTON FUNKE. Trauer-Hüte. Schneider - Kreppe - Placé. Handschuhe, Schürzen, Unterröcke.

Dauerwäsche. Wäsche Fischer, wra. kern. Reinigt, bleicht, A.

Ostende. größte und schönste Ein-Schwimm- und Badeanstalt ist eröffnet.

Sargfabrik Rich. Göthling. Magdeburg-Steinfeld, Köcker Straße 103.

Eulise Hinz geb. Eilhardt. Magdeburg-Eubenberg, den 14. Mai 1918.